

**Statement
des Vorsitzenden der Landesfachgruppe Straßen- und Tiefbau
im Landesverband Bayerischer Bauinnungen,
Herr Dipl.-Ing. Armin Stolz**

**zur
Pressekonferenz der bayerischen Bauwirtschaft
„Spart Bayern seine Straßen kaputt?
Wege aus dem Investitionsstau“
am 16.12. 2010 in München**

**Sperrfrist: 16. Dezember 2010, 14.00 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Sie im Namen des Bayerischen Baugewerbes, des Bayerischen Bauindustrieverbandes, und des Bayerischen Industrieverbandes Steine und Erden herzlich zu dieser kurzfristig anberaumten Pressekonferenz begrüßen. Ich freue mich, dass Sie mit Ihrem Kommen beweisen, dass Sie ebenso wie wir Interesse daran haben, wie es um unsere Staatsstraßen und Brücken steht.

Wenn wir aus dem Fenster schauen, sehen wir seit Wochen Schnee und Eis. Alles deutet darauf hin, dass wir einen harten Winter mit monatelangen Minustemperaturen und viel Eis und Schnee bekommen werden. Wenn im Frühjahr der Schnee taut, werden wir vielerorts Schlaglochpisten sehen. Man muss kein Prophet sein um zu wissen, dass die Schlaglöcher, Risse und Ausbrüche auf den Straßen noch einmal größer ausfallen werden als im Vorjahr.

Wundern sollte sich aber niemand darüber. Dass unsere Straßen und Brücken immer schlechter werden, ist bei weitem nicht nur dem Winter geschuldet und es ist auch nicht nur ein subjektives Gefühl, das viele Autofahrer beschleicht, wenn sie auf unseren Straßen unterwegs sind.

In seinem vor 2 Wochen vorgestellten Jahresbericht hat sich der Bayerische Oberste Rechnungshof erneut mit der Bewertung des Zustands und der Finanzierung unserer Landesstraßen und Brücken auseinandergesetzt. Er kam zu einem niederschmetternden Ergebnis. **Der Zustand der bayerischen Staatsstraßen hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert.**

13.600 Kilometer Staatsstraßen gibt es in Bayern. Damit bilden sie das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur unseres Freistaats. Zum Vergleich: Das bayerische Straßennetz umfasst neben den Staatsstraßen rund 2.400 km Bundesautobahnen, 6.500 km Bundesstraßen und rund 3.100 km

Kreisstraßen mit insgesamt 14.000 Brückenbauwerken (davon 4.700 über Staatsstraßen) und knapp 60 Tunnel.

Nach einer Messung und Bewertung des Zustands durch die Staatsbauverwaltung überschreitet auf einer Skala von „0“ (sehr gut) bis „5“ (schlecht) bereits ein Drittel der Straßen den Wert 4,5. Das ist der Schwellenwert, bei dem die Einleitung von baulichen oder verkehrsbeschränkenden Maßnahmen geprüft werden muss. **Damit drohen heute rund 4.500 Kilometern unserer Landesstraßen verkehrsbeschränkende Maßnahmen.** 63% der Staatsstraßen in Bayern überschreiten die Warnwerte (Note 3,5).

Der führende Wirtschaftsstandort Bayern ist kurz davor, den Titel „Bundesland mit den schlechtesten Staatsstraßen“ zu erhalten. Denn aus keinem anderen Bundesland, aus dem Daten vorliegen, wurde ein höherer Anteil in der Kategorie der Straßen mit der Bewertung „schlecht,“ gemeldet. Der Anteil von Landesstraßen, die den Schwellenwert von 4,5 überschreiten, ist nur in Sachsen-Anhalt noch höher als in Bayern.

Ein Beispiel aus Unterfranken kann dies sehr anschaulich machen: In einer Antwort der Staatsregierung vom 8. September 2010 auf die Anfrage eines Abgeordneten zum Zustand der Staatsstraßen im Main-Spessart-Kreis teilte die Staatsregierung mit – ich zitiere - ;

„Die zuletzt durchgeführte Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) auf den Staatsstraßen kam im Landkreis Main-Spessart zu dem Ergebnis, dass auf rd. 39% des 278 km langen Staatsstraßennetzes (rd. 108 km) grundlegende Sanierungen oder hilfsweise verkehrsbeschränkende Maßnahmen erforderlich sind. Für die Sanierung dieser insgesamt rd. 108 km wären bei einem durchschnittlichen Kostenaufwand von 150.000 €/km Erhaltungsmaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von rd. 16 Mio. € notwendig.“

Zitat Ende. Dabei sind ausdrücklich Winterschäden nicht umfasst. Wenn man berücksichtigt, dass für ganz Bayern in 2011 für die Bestandserhaltung voraussichtlich nur 50 – 70 Mio. EURO zur Verfügung stehen werden, dann kann man hochrechnen, wie gigantisch groß inzwischen die **Lücke zwischen dem tatsächlichen Bedarf und den bereit gestellten Haushaltsmitteln** ist.

Bei den Brücken sieht es nicht besser aus. Die Standsicherheit und Dauerhaftigkeit der Brücken- und Ingenieurbauwerke werden in gesonderten regelmäßigen Bauwerksprüfungen bewertet. Der Rechnungshof stellte fest, dass auch diese Bauwerksprüfungen zeigen, dass sich der Zustand der rd. 4.700 Brücken im Zuge der Staatsstraßen in Bayern zunehmend verschlechtert. Ein Grund dafür ist, dass fast die Hälfte der Brücken älter als 30 Jahre ist. Somit ist auch bei der Bauwerks-erhaltung in den kommenden Jahren mit einem erheblich steigenden Finanzbedarf zu rechnen.

Obwohl der Landtag bereits 2004 gefordert hat, der Bestandserhaltung der Straßen höchste Priorität einzuräumen, ist deren Erhalt und Ausbau seit vielen Jahren chronisch unterfinanziert. 2006 hat der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen die Staatsregierung erneut ersucht,

der Bestandserhaltung von Staatsstraßen und Brücken insbesondere wegen des Zustandsniveaus besondere Priorität einzuräumen und die Haushaltsmittel bedarfsgerecht einzusetzen.

Der Oberste Rechnungshof konstatierte jetzt, dass von einer Umsetzung dieser Beschlüsse nicht die Rede sein kann.

Wurde bereits in den vergangenen Jahren viel zu wenig investiert, so wird es in den kommenden Jahren wohl noch schlimmer. Denn inzwischen wurde der Mittelzufluss aus Privatisierungserlösen eingestellt und ab dem kommenden Jahr werden auch aus dem Konjunkturprogramm keine Mittel mehr zur Verfügung stehen. Zukünftig werden also keine zusätzlichen Mittel mehr den regulären Haushalt verstärken.

Anstatt nun aber den regulären Haushaltstitel massiv zu stärken, um die erforderlichen Bestandserhaltungsmaßnahmen finanzieren zu können, zeichnet sich ab, dass die Staatsregierung auch diese Mittel kürzen will. **Wir befürchten, dass unterm Strich im kommenden Jahr rund 30 Prozent weniger Mittel für Ausgaben im Staatstraßenbau zur Verfügung stehen werden.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

am kommenden Dienstag, dem 21. Dezember, will das Kabinett den **Entwurf des Doppelhaushalts 2011/ 2012** beschließen. Wir sind äußerst besorgt darüber, dass die Bayerische Staatsregierung tiefe Einschnitte im Staatsstraßenhaushalt für die kommenden Jahre plant, anstatt wie längst erforderlich die Haushaltsmittel massiv aufzustocken. Die bayerische Bauwirtschaft fordert die Landespolitik auf, den Besorgnis erregenden Zustand unserer Landesstraßen endlich zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben Verständnis dafür, dass die Staatsregierung einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt. Unsere Verkehrsinfrastruktur ist aber das Rückgrat unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes. Angesichts des sich seit Jahren verschlechternden Zustands unserer Landesstraßen und Brücken darf der Freistaat keinesfalls bei seinen Investitionen in die Straße sparen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.